



WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE Protest gegen Sozialabbau

LINKEstmk

Protest gegen neoliberale Politik

www.linkewoche.at/

Protest gegen „Sparpaket“ + ACTA 11.2.2012

Protest gegen geheim ausgehandelte Sparpakete: Wieder Umverteilung von Unten nach Oben!

Da wird ein Budget beschlossen und 14 Tage später ist ein gigantisches Sparpaket notwendig. Wie das? War das Parlament ahnungslos?

Dieses neuerliche Sparpaket wird im Geheimen verhandelt! Niemand im Volk soll wissen, wie es wirklich zustande kommt und was es enthält!

Da fährt ein Faymann nach Brüssel und macht sich

dort mit seinen FreundInnen aus, dass er die österreichische Verfassung im Sinne der ZinseintreiberInnen ändern wird – natürlich ohne vorher die Bevölkerung zu informieren! Das Ziel ist, das Parlament für zukünftige Budgets per Verfassung zu entmachten. Ganz nach den Willen von dunklen Mächten im Hintergrund!

Die Arbeitseinkommen werden empfindlich gekürzt aber die Kapitalnutznießer werden gefördert!

Da schafft sich eine dünne Oberschicht Steuerprivilegien auf Kosten der unteren Schichten, verursacht existenzbedrohende Krisen und weigert sich dann noch frech, sich an der Schadensbehebung zu beteiligen. Statt dessen wird bei Lohnabhängigen weiter abkassiert und mit Pensions- und Sozialgeldern die Kapitalnutznießer bedient!

Gleichzeitig wird versucht, die föderalen Strukturen Österreichs abzubauen, um leichter eine europäische Zentraldiktatur der Kapitaleigner schaffen zu können.

Die Vertreter der österreichischen Regierung spielen willig mit! Sie kümmern sich schon längst nicht mehr um Gemeinwohl oder um unsere Verfassung.

Das Sparpaket zur Rettung des Budgets ist ein Lügenmärchen!

**Der Systemzusammenbruch soll im Moment verhindert werden,
um die Plünderung noch möglichst lange fortsetzen zu können!**

Die Budgets werden dabei keineswegs saniert!

Das ist nicht Sparen, das ist Raub!

Wir fordern daher zumindest ein gerechteres Steuersystem

- Abschaffung der Gruppenbesteuerung
- Abschaffung der nicht gemeinnützigen Privatstiftungen
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe
- Stopp der Privatisierung

Die Produktivität steigt, die Früchte ernten aber nur mehr Kapitaleigner und Funktionäre! Die dann noch die Betriebe in "Billiglohnländer" absiedeln um dort Menschen und Umwelt noch ungehemmter ausbeuten zu können!

Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Betroffene: Akzeptiert diese “Sparpakete” nicht! Wehrt Euch!

*** Empört Euch! * Engagiert Euch! * Organisiert Euch! ***

Was kann der Einzelne machen?

- Teilnahme an Protesten!
- Teilnahme am demokratischen Leben (Bezirkspolitik)!
- Protestbriefe an die gewählten “Vertreter”!
- Nicht schweigen, wenn man nicht zustimmt!
- Keinen wählen, den man nicht auch wirklich haben will!
- Proteste gegen die Auflösung der demokratischen Basisstrukturen!
- Gründet Gruppen von Gleichgesinnten!

Aufruf zur Bildung einer aktiven Zivilgesellschaft

Macht braucht Kontrolle! In einer Demokratie ist die Bevölkerung die Machtkontrolle. Wenn die gewählten Abgeordneten gegen den Willen der BürgerInnen agieren, so ist Protest BürgerInnenpflicht!

Daher: Findet euch im kleinen Kreis, diskutiert die politische Entwicklung und wenn sie nicht euren Vorstellungen entspricht, so artikuliert euch!

Wenn ihr nicht wisst wie und wo: Wir – die **linkeStmk** – stellt euch eine Plattform zur Verfügung! Ihr könnt bei uns aktiv werden oder euch bei uns informieren.

Wir sind interessiert, Menschen, die von den Akteuren des Neoliberalismus in der Blüte ihrer Jahre abgebaut werden, kreativ und aktiv einzubinden. Ebenso richten wir uns an junge Menschen, für die dieses System keinen lebenswerten Platz hat.

Aus unserem Programm:

- Die LINKE ist regional gegliedert
- Der Bundeskongress fasst die regionalen Glieder zusammen
- LINKE Beschlüsse werden bei AktivistInnen-Treffen per Abstimmung gefällt.
- Abstimmbar ist jedeR Anwesende
- Die LINKE ist offen für Personen, Organisationen und Parteien mit Gedankengut auf der Basis von Freiheit/Gleichheit/Solidarität.

Unser Ziel:

Der Neoliberalismus soll zugunsten einer klassenlosen Gesellschaft überwunden werden.

Was will die neue LINKE ändern:

- Durch globale Solidarität soll Ausbeutung und Unterdrückung verhindert werden.
- Die zinslose Bereitstellung von Geldmitteln durch gemeinschaftlich kontrollierte Banken soll Schuldabhängigkeit verhindert werden.
- Ein Grundeinkommen soll echte Freiheit bei der Berufsausübung bringen.

Wir brauchen einen Systemwechsel jetzt!

Nähere Information: www.linkestmk.at.

Journal: www.linkewoche.at/

Kontaktaufnahme: post@linkestmk.at

ACTA

ein AKT des Krieges GEGEN DIE MEINUNGSFREIHEIT

ACTA -- ein weltweites Abkommen -- könnte Konzernen erlauben, das Internet zu zensieren. Es wurde von wenigen reichen Ländern und mächtigen Konzernen ausgehandelt und würde einen neuen, nicht gewählten, "ACTA-Ausschuss" ins Leben rufen, der es privaten Interessen erlauben würde, alles, was wir Online machen zu überwachen und drakonische Bußgelder -- oder gar Gefängnisstrafen -- gegen alle zu verhängen, die angeblich ihren Geschäften schaden.

Das EU-Parlament hat gerade mit dem Ratifizierungsprozess für ACTA begonnen -- und ohne dessen Zustimmung würde der Angriff auf die Internet-Freiheit scheitern. Viele Parlamentarier haben sich schon früher gegen ACTA gestellt.

Die repressiven Verordnungen könnten bedeuten, dass Menschen für das Teilen von Zeitungsartikeln oder das Hochladen eines Videos von einer Party, auf der urheberrechtlich geschützte Musik gespielt wird, bestraft werden. Verpackt als Handelsabkommen zum Schutz von Urheberrechten **könnte ACTA darüber hinaus zum Verbot lebensrettender generischer Medikamente führen und den Zugang von Bauern zu Saatgut bedrohen.** Und der Höhepunkt ist, dass der ACTA-Ausschuss eine Freikarte zum Ändern seiner eigenen Regeln hätte, ohne jegliche demokratische Kontrolle.

Mächtige Konzerninteressen drängen auf dieses Abkommen, aber das EU Parlament steht noch im Weg. Senden wir den Abgeordneten eine klare Botschaft, sich gegen die Lobbies zu stellen und für Internet-Freiheit einzutreten. (aus avaaz) http://www.avaaz.org/de/stop_acta/?v1 (zur Unterschriftenliste)

Diese neue Abkommen zwingt die Internet-Provider dazu, alle Daten, die ihre Nutzer online stellen, zu kontrollieren, weil sie für die "missbräuchliche Nutzung" von Daten verantwortlich gemacht werden können. Wenn Sie als Nutzer etwas tun, was als "Verletzung des Copyrights" ausgelegt werden kann, wenn Sie zum Beispiel ein Markenzeichen oder ein Foto übernehmen und in einen ihrer Beiträge einfügen, können Sie vom Internet ausgeschlossen, bestraft und sogar eingesperrt werden.

ACTA wird weltweite Auswirkungen haben, weil ihm neben Staaten wie den USA, Japan und der Schweiz auch alle Mitglieder der Europäischen Union beitreten wollen. Es ist angeblich notwendig, "um neue gesetzliche Standards zum Schutz des geistigen Eigentums zu schaffen und die internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel durch vermehrten Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Unterzeichnerstaaten, zu verbessern". In Wirklichkeit ermöglicht das Abkommen, das von lichtscheuen Politikern und Medienmogulen hinter den Kulissen ausgehandelt wurde, drakonische Eingriffe ins Internet.

Dadurch ist natürlich die Gründungsidee des Internets bedroht - der freie Austausch von Informationen. Dabei belässt es ACTA aber nicht. Es geht weit über das Internet hinaus und verbietet auch die Nachahmung von Medikamenten und Nahrungsmitteln, die durch Patente geschützt sind. Wenn durch ACTA zum Beispiel die Produktion von Saatgut weltweit reglementiert wird, werden auch bisher unabhängige Bauern in abgelegenen Gegenden von den Konzernen (wie Monsanto, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Monsanto>) abhängig, die Patente auf Saatgut haben. Das Abkommen soll erst 2013 in Kraft treten, wenn es alle Staaten unterzeichnet und ratifiziert haben; der noch etwas ferne Termin darf aber kein Grund zu weiterer Untätigkeit sein. Wenn die Geheimhaltung, die dieses jüngste Zensurinstrument abschirmt, weiterhin andauert, könnte es plötzlich wirksam werden, ohne große Aufmerksamkeit erregt zu haben.

aus: http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03012_010212.pdf
<http://digitalesgesellschaft.de/wp-content/uploads/2011/10/acta-edri-broschuere-deutsche-uebersetzung.pdf>
<http://wiki.piratenpartei.de/ACTA>
<http://www.youtube.com/watch?v=kSTW84vfttc>

Gefahren für die Meinungsfreiheit und den Zugang zu Kultur

Die Interessen der Rechteinhaber werden Meinungsfreiheit, Datenschutz und anderen fundamentalen Rechte übergeordnet. ⁵ACTA legt die Regulierung der Meinungsfreiheit in die Hände privater Unternehmen, da das Abkommen Dritte, wie zum Beispiel Internet-Provider, dazu verpflichtet Online-Inhalte zu überwachen, deren Rolle es nicht ist, über Meinungsfreiheit zu bestimmen. ⁶ACTA könnte den Nutzen des kulturellen Erbes unserer Gesellschaft behindern, da es Strafen und kriminelle Risiken erhöht, sobald man Werke nutzen möchte, deren Eigentümer oder Rechteinhaber schwierig zu identifizieren oder zu lokalisieren sind (sogenannte "verwaiste Werke").

Die endgültige Fassung des Abkommens, dessen Bedeutung nicht vor der Ratifizierung klargestellt wurde, ist vage und könnte so ausgelegt werden, dass zahlreiche Bürger für geringfügige Vergehen kriminalisiert werden.

⁵ Dies wird zum Beispiel in Fußnote 13 deutlich, in der Haftungsbegrenzungen von Internet-Providern (die den Anreiz aufheben, in den privaten Datenverkehr der Bürger einzugreifen) nur solange zulässig sind, wie die begrenzten Interessen der Rechteinhaber gewahrt bleiben.

⁶ Artikel 27.2 & Artikel 8.1, ACTA.

Schickt umgehend Protestmails an die steirischen EU-Abgeordneten, um sie gegen ein Votum bei ACTA in die Pflicht zu nehmen.

steirischer EU-Abgeordneter der SPÖ: joerg.leichtfried@europarl.europa.eu
steirische EU-Abgeordnete der ÖVP: elisabeth.koestinger@europarl.europa.eu